

SWR2 Wissen: Aula

Vom Industrie-Moloch zur Kulturlandschaft – Das Ruhrgebiet

Von Andrea Gnam

Sendung: Sonntag, 8. November 2020, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Sprecherin: Christine Langer

Sprecher: Thomas Hillebrand

Produktion: SWR 2020

Das Ruhrgebiet hat sich mit viel Fantasie und ungewöhnlichen Lösungen binnen weniger Jahrzehnte ein völlig neues, modernes und lebenswertes Gesicht gegeben. Die Literaturwissenschaftlerin Andrea Gnam hat sich angeschaut, wie dieser Wandel gelungen ist.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

Anmoderation:

Mit dem Thema: „Vom Industrie-Moloch zur Kulturlandschaft – Das Ruhrgebiet“.

Das Ruhrgebiet hat sich mit viel Fantasie und ungewöhnlichen Lösungen binnen weniger Jahrzehnte ein neues Gesicht gegeben. Eine Umgestaltung der Landschaft im Revier reicht von der Rekultivierung der Emscher, der einstigen Kloake des Ruhrgebiets, über begrünte Halden bis hin zu Erlebnisparks oder Industrie-Museen. Wie wurde dieser Wandel bewältigt, was waren die architektonischen Probleme und Herausforderungen, wie sahen die Leitideen aus? Hören Sie einen Vortrag der Literaturwissenschaftlerin Andrea Gnam. Sprecher sind Christine Langer und Thomas Hillebrand.

Andrea Gnam:

Müssen Städte schön sein? Nicht unbedingt. Manchmal ist es faszinierender, wenn sie die Kunst beherrschen, uns ihre Geschichte zu erzählen – mit all ihren Höhepunkten, Dramen und kaum vorhersehbaren Wenden.

„Dortmund? Seien wir offen! Dortmund als Ganzes genommen ist keine schöne Stadt“, schrieb 1925 der damalige Stadtbaurat Hans Strobel. Das war zu einem Zeitpunkt, als Dortmund noch nicht die heutige Fläche einnahm. Wenige Jahre später forderte die Montanindustrie Eingemeindungen. In Dortmund spiegeln die Stadtgrenzen die Wünsche und Erfordernisse der Industrie, die ein Drittel der Grundstücke erworben hatte. Dies geschah auch, um Klagen von Eigentümern wegen Kontaminierung des umgebenden Geländes durch die Industrie von vornherein auszuschließen.

In Dortmund, aber auch in Gelsenkirchen und anderen Städten des Ruhrgebiets, bemühten sich Stadtverwaltungen dennoch bereits seit den 1920-er Jahren, auch selbst Grundstücke zu erwerben. Mit Parks sollte der nach Norden wandernden Montanindustrie Lebensqualität abgetrotzt werden – und noch heute, nachdem die Schwerindustrie abgezogen ist, haben die Städte mit den Hinterlassenschaften zu kämpfen. Inzwischen allerdings mit leergeräumten, brachliegenden Flächen. Sie können nur zu geringem Anteil als Wohngebiete ausgewiesen, müssen aber gepflegt und unterhalten werden.

Die Anstrengungen, die besonders in den beiden letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts unternommen wurden, waren immens. Sie zeigten: Auch wild gewucherte Industriestädte mit ihren eindrucksvollen Zeugnissen von gigantischer Schwerindustrie und dem Siedlungsbau haben einen, wenn auch ganz anders gearteten Charme als traditionell gewachsene Städte. Grüngürtel und Waldgebiete, Radwege, neue Freizeitmöglichkeiten, der Einzug von Farbe auf den einst von Ruß geschwärzten Fassaden, verbliebene, zur durchaus stolzen Erinnerung, aber auch zur Mahnung dienende Industriebauten, versprechen im postindustriellen Zeitalter gewandelte Lebensformen.

Das kann bei vergleichsweise geringen Mieten durchaus ein Grund zur Identifikation mit einer Stadt sein, auch dann, wenn die Arbeitslosigkeit vor Ort erheblich höher ist als in anderen Städten. In Dortmund betrug sie 2019 im Jahresmittel 10,1 Prozent und stieg

im August 2020 auf 12,2 Prozent. In Gelsenkirchen betrug sie im Vergleichszeitraum im Jahresmittel 12,8 Prozent und kletterte zu Coronazeiten im August 2020 auf satte 16,2 Prozent.

Im Norden von Dortmund oder im Süden von Gelsenkirchen findet man heruntergekommene Stadtteile, mit Häusern, ja ganzen Straßenzügen, deren maroder baulicher Zustand schon von außen ins Auge sticht. Oft sieht mal allerdings noch nicht, wieviel Einsatz von städtischer Seite erbracht wird, um dem Verfall entgegenzusteuern. Vieles konnte nicht so schnell entwickelt werden, wie es sich in der Euphorie um die Jahrtausendwende Stadtmarketing und Bürgermeister auf die Fahnen geschrieben hatten: So brachten zum Beispiel Technologieparks und Gründerzentren, die mit landeseigenen und EU-Mitteln gefördert wurden, außer in Dortmund, nicht den erwünschten unmittelbaren Erfolg. Und es gibt ein immer deutlicher werdendes Gefälle zwischen dem – auf die ganze Region betrachtet – wirtschaftlich prosperierenderen Süden und dem verarmenden Norden.

Das Ruhrgebiet ist längst nicht mehr das „aufgeschlagene Buch der Industrie“. Und dies nicht erst mit dem Ende der Subventionen und der Schließung der letzten Steinkohlenzeche 2018, sondern es befindet sich schon seit den 1970-er Jahren auf dem Weg zur Dienstleistungs- und Bildungsgesellschaft.

These 1: Als ehemaliges Industrieviertel mit derzeit über 5 Millionen Einwohnern bietet das Ruhrgebiet für Deutschland mehr historisches Erbe und mehr Gelegenheit zur Reflexion über unsere Geschichte und Gegenwart als dies rekonstruierte, wiederaufgebaute Schlösser und Burgen oder freigelegte Fachwerk tun.

Während Schlösser und Burgen dazu einladen, sich als möglicher Schlossherr oder Fürstin gedanklich in privilegierte Verhältnisse zu versetzen – obwohl wir realistisch betrachtet eher als Küchenmagd oder als Knecht auf den Ländereien gearbeitet hätten – ist solcherart Träumerei angesichts der Industriekultur nicht möglich: Kaum einer wird sich mit rücksichtslosen Industrieparonen und Rüstungsindustriellen identifizieren wollen. Stattdessen suchten Stadtplaner, Wissenschaftler und Politiker für das Ruhrgebiet nach einer anderen Sicht auf die eigene Geschichte. Das wird angesichts des Klimawandels wichtiger denn je: So erinnern heute die noch verbliebenen Bauzeugen exemplarisch an das Zeitalter der Schwerindustrie. Städte wie Gelsenkirchen und Dortmund engagieren sich für erneuerbare Energien.

These 2: Der Spagat, bei chronisch leeren Kassen verseuchte Flächen in Lebensräume zu verwandeln, Industriedenkmäler zu erhalten und sowohl langfristige als auch flexible Strategien zu entwickeln, wird dem Ruhrgebiet in zu hohem Maße abverlangt. Es bedarf weiterhin kontinuierlich der Zuwendung der öffentlichen Hand und damit auch einer ausreichenden Anzahl von Stadtplanern, um bestehende, oft europaweit aufgelegte Förderprogramme auszuschöpfen. Hier besteht eine alle angehende Verantwortung für den Preis der Industrialisierung und Globalisierung, den, wie so oft, die Verursacher in viel zu geringem Maße selbst tragen, sondern zuerst die Kommunen, das Land und die Bewohner.

Die Industrialisierung des Ruhrgebiets ist ein Lehrstück im Hinblick auf historische Dauer: In nur 150 Jahren wurden die – bis auf die mittelalterlichen Hellwegstädte, zu denen z.B. Essen und Dortmund gehören – recht dünn besiedelten Landstriche durch

den Bergbau gezeichnet. Die Eingriffe haben Auswirkungen in einem kaum vorstellbaren zeitlichen Ausmaß: Solange das Ruhrgebiet besiedelt bleibt, müssen Pumpwerke das durch den Kohleabbau zum Teil um 20 Meter abgesunkene Gebiet bewohnbar halten. Für die dadurch verursachten „Ewigkeitskosten“, zu denen auch das Zurückweisen von Grubenwasser und das Reinhalten des Trinkwassers gehören, kommen nach Berggesetz die Betreiber auf. Sie sind nach Ende der Kohleförderung für den Abbau der Gebäude über Tage zuständig und für die Abwehr von Gefahren, die von den Altlasten ausgehen.

Das bedeutet aber nicht, dass sie für die vollständige Dekontaminierung oder eine von Altlasten freie Übergabe ehemaliger Industrieflächen verantwortlich sind. Das haben die neuen Eigentümer und damit die inzwischen kaum mehr zahlungsfähigen Kommunen zu tragen, wenn sie die Flächen übernehmen. Heute lassen sich, jüngsten Erhebungen zufolge, in zwei Dritteln der Fälle die Gebiete nur als Freifläche, die man pflegen muss, verwenden.

Wie lange es dauert, bis eine ehemalige Bergwerksfläche für eine neue Nutzung entwickelt wird, hängt von örtlichen und gesetzlichen Faktoren ab, die sich zu Beginn kaum einschätzen lassen: Die Spanne liegt zwischen fünf und 15 Jahren.

Um die 220 Millionen Euro jährlich betragen laut Schätzungen die künftigen Ewigkeitskosten für die Betreiber, die mit der RAG Stiftung und Aktienanteilen an Chemie- und anderen Betrieben immerhin bis dato für die Begleichung der Kosten vorzusorgen wussten. „Es ist ein erkenntnisträchtiges Beispiel der Wirkungen unumkehrbarer Eingriffe in die Erde“, mahnt Ingrid Krau in ihrem 2018 erschienenen Buch „Verlöschendes Industriezeitalter“. Die Absicherung für die Ewigkeit hänge auf Gedeih und Verderb „an der Börse im globalen Geschäft der Übernahmen und Fusionen“, schreibt die im Ruhrgebiet aufgewachsene Professorin für Stadtentwicklung.

Brachland und Halden, geschlossene Zechen, Städte, die sich entlang der Bedürfnisse der Industrie, das heißt der Lagerstätten, diskontinuierlich und polyzentrisch entwickelt haben, galt es nach Abzug der Industrie völlig neu zu betrachten. Anfangs umstritten, heute als bahnbrechend eingestuft, ist die „erhaltende Stadterneuerung“ der 1980-er und 1990-er Jahre, die in Nordrhein-Westfalen entwickelt wurde. Sie gelang unter den stabilen politischen Bedingungen, welche der langjährige Ministerpräsident Johannes Rau genoss und mit Christoph Zöpel als neu eingesetztem Minister für Städtebau auch fruchtbar machen konnte.

Von vielen Städten bundesweit übernommen, bedeutete das neue, behutsame Vorgehen für die Kommunen den Abschied von der hochsubventionierten Flächensanierung. Diese hatte die historische Substanz erbarmungslos ausradiert und als „Kahlschlagsanierung“ manch einer Stadt das Gesicht gekostet. Politisch gesehen, gab es im Ruhrgebiet Vorkämpfer: Bürgerinitiativen, die ein entsprechendes Ministerium forderten oder sich für den Erhalt ihrer bedrohten Siedlungen einsetzten, soziokulturelle Aktivitäten der Alternativbewegung, Regional- und Arbeiterhistoriker, aufkeimendes Umweltbewusstsein. Seit 1992 wird die Renaturierung der einst als Kloake dienenden Emscher geplant und Stück für Stück realisiert. Ein 51 km langer, unterirdischer Abwasserkanal ist in Bau, die ersten 35 km zwischen Dortmund und Bottrop gingen im September 2019 in Betrieb.

Den Durchbruch und den Paradigmenwechsel in der Stadt- und Landschaftsplanung brachte die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park. In Zusammenarbeit mit 17 Kommunen und auf zehn Jahre angelegt, wurde unter der Leitung von Karl Ganser der ökologische Umbau in Angriff genommen. Der Emscher Park wurde als großangelegtes Landschaftsprojekt, das 20 Städte und Kreise verbindet, geschaffen. Halden wurden begrünt, Radwege angelegt und stillgelegte Zechen als Standort für kulturelle Aktivitäten erhalten.

These 3: Die Qualität einer anderen, rauen Ästhetik, die das Ruhrgebiet gegenüber traditionell als schön befundenen Städten auszeichnete, wurde sichtbar. In Kunstentwicklungen des 20. Jahrhunderts fand diese Ästhetik ihre Vorreiter und Verbündeten. Kunst war Wegbereiterin für die Wertschätzung der Qualitäten der Industriestädte.

Die neue Sicht auf das kulturelle Erbe der Industrie konnte tatsächlich an Avantgardepositionen der Vorkriegszeit anknüpfen – bereits in den 1920er Jahren hatten sich Konstruktivisten wie El Lissitzky mit ihren Kunstwerken gerne als auf dem Gebiet der Kunst tätige Ingenieure gesehen. Bernd und Hilla Becher, die trotz ihres weltweiten Renommés eher selten in Publikationen der Stadtplanung genannt werden, schufen mit ihrer systematischen, fotografischen Arbeit seit den 1960er Jahren die visuellen Voraussetzungen für eine Neubewertung: Sie hatten ein Archiv der größtenteils abgerissenen Fördertürme, Hochöfen und Gasbehälter angelegt. Die Fotografien wurden als Tableaus mit mehreren Bildern präsentiert, mit Anklängen zu seriellen Verfahren der zeitgleich entstandenen, minimalistischen Kunst. Und auch Museen und Kunstsammlungen des Ruhrgebiets, das in den 1920er und 1930er Jahren noch als „Ruhrprovinz“ verunglimpft wurde, haben sich seit der Nachkriegszeit auf zeitgenössische kinetische und minimalistische Kunst konzentriert. Als es die Finanzen noch zuließen und mancherorts auch etwas länger – erwarben die Städte Skulpturen von zeitgenössischen Künstlern, so beherbergt Gelsenkirchen in seinem renommierten Musiktheater MIR die energiegeladenen, tiefblauen Schwämme von Yves Klein als großformatige Wandreliefs.

These 4: Das bis heute andauernde Umgestalten des ehemaligen „Kohlenpotts“ zur Metropolregion ist eine Kulturanstrengung, die auf Augenhöhe mit Ingenieursleistungen steht, aber auch mit Kunst- und Gesellschaftspolitik. Dazu bedarf es einer langfristigen Perspektive, wie es die Akteure des Emscher Parks vorlebten, in ressortübergreifender, bis dato beispielloser Abstimmung von Landespolitik, Baurecht, finanzieller Zuwendung und Kommunalverwaltungen. Heute gilt es, den langen Atem für die Landschafts- und Stadtentwicklung beizubehalten, aber auch soziokulturelle Aktivitäten zu begrüßen, die vielleicht auch nur vorübergehender Natur sein werden. Auch der Umgang mit dem Industrieerbe unterliegt dem gesellschaftlichen und ästhetischen Wandel.

Das bedeutet ein grundlegendes Umdenken – und dies gerade im ehemaligen Zentrum der klassischen Arbeit. Die Förderung von Kulturschaffenden, deren Wirken das Ruhrgebiet so viel an später kultureller Wertschätzung und Aufmerksamkeit verdankt, ist eine Notwendigkeit. Sie bleibt auch jenseits der aus gesundheitlichen Gründen problematisch gewordenen Großereignisse wie zum Beispiel der vom Land besonders geförderten „Ruhrtriale“ wichtig – und sie darf nicht nur eine Aufgabe von Kommunen und Land bleiben. Der Kulturretat erreichte mit 245 Millionen Euro im vergangenen Jahr den im Vergleich zu den Vorjahren höchsten Stand, erstmals nach sieben Jahren wurde

für freie Kultur der Zuschuss mehr als verdoppelt und auf 1 Million Euro erhöht. Weitere Steigerungen des Gesamtetats sind bis 2022 vorgesehen.

These 5: Förderung kultureller Initiativen muss sich indes nicht unmittelbar in finanziellem Mehrwert und Startmarketing niederschlagen. Weitaus wichtiger ist es, dass Angebot und Präsenz von aktueller Kunst das Lebensgefühl, den Zusammenhalt und das Selbstverständnis der Bewohner beflügeln.

Die so erfolgreiche IBA blieb die letzte großangelegte strukturpolitische Förderung speziell für das Ruhrgebiet. Seither müssen EU Förderprogramme fruchtbar gemacht werden, die sich an thematischen Vorgaben in Clustern orientieren. Dazu kommt landes- oder bundesweite Unterstützung wie zum Beispiel das in Nordrhein- Westfalen entwickelte Programm „Soziale Stadt“ oder das seit 2017 für Ost und West bestimmte Programm zum „Stadtumbau“. Solche Förderungen werden aber auch von gut situierten Städten in Anspruch genommen. Sie sind stets mit finanzieller Eigenleistung verknüpft, indes wird der erforderliche Anteil besser gestellter Städte prozentual höher angesetzt. Gründerzeitliche Architektur gilt heute als Inbegriff von Urbanität. Das Ruhrgebiet besitzt sie neben herausragenden Zeugnissen der Nachkriegsarchitektur durchaus, insbesondere Gelsenkirchen. Viel zu häufig wird die Stadt als Beispiel für fehlende Lebensqualität genannt. Das wird ihr trotz aller Probleme nicht wirklich gerecht. Gelsenkirchen war schon früh von Zechenschließungen betroffen. Am Stadtbild lässt sich Vieles ablesen, was Industriestädte vom Ideal der langsam gewachsenen europäischen Stadt unterscheidet, die allerdings heute im Zentrum mit zuviel Shops und Unterkünften für Touristen zu kämpfen hat.

Gelsenkirchen hat wie Duisburg und Dortmund seit 2014 eher mit Aufmerksamkeit der anderen Art zu rechnen: Einzelne oder Banden, die billigst völlig vernachlässigte Häuser gegen eine geringe Vorauszahlung ersteigern, erhalten als neue Eigentümer sofort die Schlüssel. Sie vermieten zu horrenden Preisen an Menschen, die zum Beispiel aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien kommen, bis die Begleichung des vollständigen Kaufpreises fällig wird. Dann verschwinden sie, ohne das Haus zu bezahlen und auch die in ihrem Sozialverhalten mitunter problematischen Mieter kommen und gehen. Oft aber sind die Häuser so marode, dass Gefahr droht - die Polizei hat dann die Handhabe zu räumen und zu schließen. Langfristig soll so den Vermietern die Einnahmequelle entzogen werden, zunächst aber trifft es die Mieter. Der Mietpreis in Gelsenkirchen, so man nicht in die Fänge krimineller Vermieter gerät, ist moderat, er liegt durchschnittlich bei knapp unter 6 Euro pro Quadratmeter und hat sich damit bereits um 1-2 Euro gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Gelsenkirchen wurde in den 1920er Jahren aus den Städten Buer, Gelsenkirchen und Horst gebildet, es gibt den städtebaulich und sozial attraktiveren Norden und den problemgebeutelten Süden der Stadt. Früher als andere Städte hatte das einst prosperierende Gelsenkirchen mit dem Abzug von Schwerindustrie zu kämpfen, für den sich das unverfänglicher klingende Wort „Strukturwandel“ eingebürgert hat. Der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hatte den Begriff vor 30 Jahren auf der vom Bundeskanzler einberufenen Ruhrgebietskonferenz erstmals verwendet. Eine solche Konferenz startete – angelegt auf mehrere Jahre – auch im Sommer 2018.

Bei aller Offenheit und Experimentierfreudigkeit hat die Stadt auch Pech gehabt, nicht nur derzeit mit sozial schwachen Einwanderern und schwer zu erreichenden Vermietern, die Gesetzeslücken ausnützen: So brach zum Beispiel die nach dem Zweiten Weltkrieg angesiedelte Textilindustrie mit der Konkurrenz aus billiger produzierenden Ländern ein. Da hier überwiegend Frauen beschäftigt waren, geriet das nicht zur nationalen Angelegenheit wie der allzu lang subventionierte Bergbau. Für dessen Abwicklung hatte man Sozialpläne erstellt oder bis hinein in die 1980er Jahre noch die Hoffnung auf den Erhalt montaner Arbeitsplätze geschürt. Gelsenkirchen ist in der Entwicklung der Photovoltaik führend und nennt die damals bundesweit erste Solarsiedlung sein eigen. Die Branche kämpft aber mit der erdrückenden Konkurrenz aus China. 2012/13 mussten zwei Firmen, die Solarmodule fertigten, schließen; sie galten als Hoffnungsträger. Derzeit zählt die Petrochemie zu den größten Arbeitgebern – mit 1900 Beschäftigten, die Stadt verzeichnete zu Beginn des Jahres 2020 ca. 265.000 Einwohner.

These 6: Die Stadt Gelsenkirchen ist unermüdlich dabei, nach Finanzierungsmöglichkeiten und Ideen für dringend nötige Stadterneuerung zu suchen und ihren Eigenanteil zusammenzubekommen. Sie verdient allein schon dafür große Anerkennung.

Sie wurde als Modellstadt für das bundesweit geförderte Projekt der „integrierten Stadterneuerung“ ausgewählt und hat geradezu vorbildlich Bestandsaufnahmen und Masterpläne online abrufbar veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Es fehlt nicht an guten Ideen und Verve, wohl aber trotz einer Personalaufstockung an zusätzlich für Projekte eingestellten Stadtplanern. Oft müssen deshalb teuer externe Büros zur Unterstützung beauftragt werden, da Landesmittel nicht für Personalkosten verwendet werden dürfen. „Starke Orte strahlen lassen“ ist das Motto, man möchte nicht nur nach gängigen Maßstäben schöne, sondern auch in ihrer Eigenwilligkeit besondere Orte entwickeln: Dazu zählen Halden und Zechen, aufgegebene Kirchen, die auch für nicht der jeweiligen Glaubensgemeinschaft angehörige Bewohner als visueller Anker und Ruhepol in der Stadt identitätsstiftend bleiben.

These 7: Kunst, Kultur, Umweltpolitik, Klimaschutz – das ist die große Chance für die Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen.

Auch von der erfolgreichen Bewerbung zur Internationalen Gartenschau 2027, bei der Gelsenkirchen einer der Hauptstandorte werden soll, verspricht sich die Stadt weitere Möglichkeiten und nicht zuletzt vor allem eines: Arbeitsplätze. Von um die 9000 Stellen wurde noch im vergangenen Jahr gesprochen.

Ältere Siedlungen mit Gärten und dörflichem Charakter und expressionistische Backsteinbauten, wie das restaurierte, wenn auch entkernte Hans-Sachs-Haus, aber auch interessante Nachkriegsarchitektur verteilen sich über die Stadt. Heute unbegreiflich fiel der gründerzeitliche Bahnhof Ende der 1970er Jahre dem Abriss zum Opfer, aber auch Zeugnisse der Arbeiterkultur. Wie andernorts auch, musste weichen, was den jeweiligen ökonomischen Interessen hinderlich war.

Wegweisend für die heutigen Probleme mit Überalterung, Vereinsamung und sinkender Bevölkerungszahl sowie der besonderen Situation, dass jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund hat, ist die soziokulturelle, „integrierte Stadterneuerung“. Hier

werden in Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtviertels bestehende Gebäude aufgewertet und Nachbarschaftshilfe in Zentren unterstützt. Das Problem dabei ist die „Verstetigung“, also was passiert, wenn keine Fördergelder mehr fließen und die Weiterarbeit zur Disposition steht. Je nach Quartier zeigen die geförderten Maßnahmen unterschiedlichen Erfolg. In Gelsenkirchen gelang es, einige unverzichtbare Initiativen, wie die Arbeit mit Migranten in andere Kontexte, wie die Kirchenarbeit, aufzunehmen. Die Anlage der Evangelischen Gesamtschule im Stadtteil Bismarck orientiert sich mit ihrem architektonischen Konzept an einem städtischen Marktplatz und öffnet sich den Nachbarn auch als kulturelles Zentrum.

These 8: Hier bedarf es zusätzlicher Instrumente. Für sozial engagierte Nachbarschaftshilfe könnte man ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen bei kompetenter Erfüllung eines langfristigen Ehrenamtes einführen, konzipiert für Helferinnen und Helfer, die in unsicheren freien Berufen arbeiten oder Studierende. Die Weichen für erfolgreiches Arbeit sind durch das integrative Programm ja bereits gestellt. Solche Ansätze bedürften bundesweiter Überlegungen und Pilotprojekte: Quartiere des Ruhrgebiets böten ein ideales Probefeld.

Hoffnungsvoll stimmen auch die städtischen Aktivitäten in der „Bochumer Straße“, der einstigen gründerzeitlichen Prachtstraße, im Rahmen des vor mehr als fünf Jahren beschlossenen Projektes „Kreativ.Quartier Ückendorf“. Aus dem teils verwahrlosten Stadtteil, das an das Kreuzberg der 1980-Jahre erinnert, soll ein lebendiges Viertel mit jungen, aktiven Bewohnern werden. Hier kommen neben dem Sanierungsrecht zwei Instrumente zum Einsatz: eine Stadterneuerungsgesellschaft als Tochter der Stadt, die kurzfristig durch Käufe eingreifen kann und die langfristige integrierte Stadterneuerung. Schon 25 problematische Immobilien wurden aufgekauft, Hoffnungsloses abgerissen, vieles aber renoviert. Kunstschaffende, einige Kreative oder Studierende aus benachbarten Hochschulstädten beziehen günstige Wohnungen. Kulturelles Zentrum und Veranstaltungsort soll die leerstehende, expressionistische Heilig Kreuz-Kirche werden, Gastronomie ist in Planung: Die Saat kann aufgehen, braucht aber Fingerspitzengefühl, behutsame Begleitung, Dialog und einen langen Atem seitens einer engagierten Stadtplanung. Das ist gegeben.

These 9: Für übergreifende Problematiken wie die Modalitäten bei Zwangsversteigerungen und damit einhergehende kriminelle Machenschaften braucht es indes zusätzlich landes- und bundesweiter Maßnahmen – das können Kommunen kaum alleine ausrichten.

Forderungen des Landschaftsschutzes gehören zu den unabwägbaren Wechselfällen bei der Sanierung von Industriebrachen, ebenso wie die Finanzierung durch neu angesiedelte Zukunftsenergien, auf die auch Dortmund setzt. Seit Beginn des Jahrzehnts gibt es vom Land geförderte und von der RAG begleitete Forschungsprojekte wie CultNature, die mit den Hochschulen eine Bestandsaufnahme ehemaliger Montanflächen durchführen. Dabei wurde nach Lösungen gesucht, wie man mit Energiewirtschaft die Pflege belasteter Flächen, die als Wohn- oder Gewerbegebiet nicht mehr zu gebrauchen sind, klimaverträglich refinanzieren kann. Manches bleibt dabei umstritten – Windräder gelten nicht wirklich als städtebauliche Verbesserung, auch Biomasse gerät in die Kritik.

Die Akteure beklagen 2013, dass seitens der Unternehmen Vorbehalte und 2016, dass seitens der Stadtgesellschaft auch sehr schnell Protest gegen dieses und jenes erwächst. In der zweiten, seit August 2018 ausgelaufenen Phase des Projektes suchte man deshalb verstärkt nach Allianzen mit der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr und dem Regionalverband Ruhr. In ihm haben sich die Ruhrgebietskommunen für gemeinsame Planungen z.B. bei der Gewerbeansiedlung, für den Verkehr, zur Pflege des Emscher Landschaftsparks und zur Tourismusförderung zusammengefunden. Ein umstrittener Entwurf für einen gemeinsamen Regionalplan wurde 2018 veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Die letzte Entscheidung liegt jetzt beim Ruhrparlament, einer erstmals im September 2020 direkt von Bürgern und Bürgerinnen gewählten, städteübergreifenden Institution.

Dortmund besitzt mit der Universität, mit Hochschulen und diversen Forschungseinrichtungen einen Wissenschaftsschwerpunkt. Große Hoffnungen und viel Geld auch aus der städtischen Kasse wurde in das „dortmund project“ gesteckt, das modifiziert inzwischen in der Dortmunder Wirtschaftsförderung aufgegangen ist. Man setzte – unter Hinzuziehen von McKinsey – auf Gründungsaktivitäten in Clustern wie IT, Electronic Logistik, Mikrosystemtechnik und sprach von 70.000 Arbeitsplätzen, die man damit bis 2010 schaffen wollte. Die IT-Branche brach nach 2001 ein. Sie erholte sich dann etwas, stagnierte in den Jahren nach 2004 über lange Zeit hinweg bei rund 12.000 Arbeitsplätzen, um sich dann im Herbst 2019 auf 17000 Beschäftigte aufzuschwingen, worauf man stolz ist. Große Hoffnungen, aber auch Befürchtungen, was Gentrifizierung anbelangt, wurden auf das vom Land entwickelte Phoenixareal gesetzt.

Auf dem hoch belasteten, ehemaligen Gelände des Stahlwerks Hoesch entstand im einstigen Arbeiterstadtteil Hörde ein gut angenommener, mit hochpreisiger, recht steriler Architektur gesäumter See. Ein gesichtsloses Pendant dazu in kleinerem Maßstab, etabliert sich auch in Gelsenkirchen mit dem Wohnquartier Graf Bismarck. Im Westen von Phoenix gibt es Gebäude, die auch temporär für Kultur genutzt werden und Ansiedlung von Mikrosteuertechnik, einer Branche, die wie einst die Kreativwirtschaft zu hohe Hoffnungen geschürt hat.

Noch immer lobt die Wirtschaftsförderung Jahr für Jahr Gelder von fast 85 000 Euro für Gründerwettbewerbe zu innovativen Vorhaben aus. Inzwischen wird die Hälfte des Preisgeldes erst dann ausgezahlt, wenn ein Unternehmen, dessen Gründerinnen und Gründer aus Deutschland kommen sollen, sich auch wirklich in Dortmund niederlässt. Hier war man lange sehr großzügig gewesen – und wieder ist ein Lehrstück daraus geworden, wie unberechenbar das Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen in Industrie und den als Zukunftstechnologie gepriesenen Bereichen bleiben und das nicht erst zu Pandemiezeiten: Globale Entwicklungen sind krisenanfällig und damit nur bedingt vorhersehbar.

These 10 resümiert: *Investitionen in Lebensqualität, Kunst, Bildung und soziale Aktivitäten bleiben also wichtig, zumal da sie sich oft als nachhaltiger erweisen als allzu hohe Verheißungen hochgeputschter, technologischer Zukunftsbranchen.*
